

Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN

Renate Deitenbach
Margeritenweg 6
53783 Eitorf



- Geschäftsführung -

An

Herrn Bürgermeister Dr. Storch
Rathaus
Markt 1
53783 Eitorf

Eitorf, den 03.08.2007

Betr.: Kindertagesgesetz (KiBiz) / hier Auswirkungen auf
die Gemeinde Eitorf

Sehr geehrter Herr Dr. Storch,

am 13. Juni 2007 wurde der Gesetzentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) in den Landtag eingebracht. Aufgrund der sich im Rahmen des Gesetzes völlig ändernden Finanzstrukturen der Kindertageseinrichtungen sind Auswirkungen auf Träger, Eltern und Kinder auch in Eitorf unausweichlich.

Die Beitragsabhängigkeit von Buchungszeiten, Änderungen bei Gruppenstärken, Sprachförderung oder Elternmitwirkung beunruhigen die Eltern, Betriebskostenerhöhung, Zuordnung zu Gruppenformen, Mietpauschalen, die Planbarkeit von Bedarfen und nicht zuletzt die Auskömmlichkeit von Landeszuschüssen haben gravierende Auswirkungen auf Träger und Kommunen. Die Absenkung des Trägeranteils für kirchliche Einrichtungen sowie Änderungen im Anteil des Landes an der Gesamtfinanzierung gehen zu Lasten der Kommunen und verstärken die Problematik, die bereits aus dem Rückzug des Landes aus dem Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren entstanden ist. Ab dem Jahr 2008 hat das Gesetz wirtschaftliche Auswirkungen auf den Haushaltsplan, so dass die finanziellen Konsequenzen frühzeitig ermittelt und bei der Haushaltsplanaufstellung berücksichtigt werden müssen. Die Gemeinde braucht hierfür eine Planungsbasis, desgleichen müssen auch die Träger wissen, welche Konsequenzen sie zu erwarten haben.

Fehlen auch noch belastbare Rahmendaten der Landesregierung, ist dennoch eine frühzeitige Folgenabschätzung für Gemeinde, Familien und Träger unverzichtbar. So war z.B. der Presse zu entnehmen, dass vorsichtige Schätzungen der Stadt Lohmar Mehrkosten von mehr als 400.000,- € erwarten lassen.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir :

1. Den Fachausschuss über die allgemeinen Auswirkungen der Gesetzesänderung in Bezug auf die Gemeinde zu informieren
2. Die finanziellen Auswirkungen für den Gemeindehaushalt ab 2008 im Sinne einer vergleichenden Betrachtung auf Basis des Regierungsentwurfes - in Abstimmung mit dem Kreis - sowohl hinsichtlich der Zuschüsse an die Träger wie auch hinsichtlich der Folgen für die Jugendamtsumlage, zu ermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Renate Deitenbach
Geschäftsführerin der
Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN

gez. Heinz Dehnert
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN